

1:

Wahlprogrammparteitag DIE LINKE. M-V am 21.05.2016 in Schwerin, Rede der Landesvorsitzenden Heidrun Bluhm

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, verehrte Gäste,

auf zum Endspurt für die Landtagswahl in Mecklenburg – Vorpommern am 04. September 2016.

DIE LINKE in Mecklenburg – Vorpommern will heute ihr Wahlangebot für die Bürgerinnen und Bürger diskutieren und als Wahlprogramm auf den Weg bringen.

Dazu haben wir uns im Januar in Gägelow gemeinsam verständigt.

Wir haben in den vergangenen Wochen sehr intensiv daran gearbeitet.

Der heute zu beschließende Entwurf unseres Wahlprogramms ist ein Gemeinschaftswerk vieler Genossinnen und Genossen

aus den Kreisverbänden,

der Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für ein Mandat im Landtag bewerben und auch der Landesarbeitsgemeinschaften unserer Partei.

Er ist aber auch ein Ergebnis vieler Gespräche mit Gewerkschaften, sozialen Vereinen und Verbänden,

der IHK´N und Wirtschaftsverbände, die sehr genau darauf schauen, was die LINKE im Nordosten vorhat.

Und er ist ein Ergebnis aus unzähligen Gesprächen mit unseren Arbeitskolleginnen und Kollegen, unseren Nachbarn, Familien und Freunden.

Hier haben wir ausgelotet, warum sehr viele Mecklenburgerinnen und Mecklenburger, Vorpommerinnen und Vorpommern in unserem Land in einem vermeintlichen Widerspruch leben, nämlich ihr Land zu lieben und trotzdem nicht zufrieden sein zu können.

Ja, es hört sich wie ein Widerspruch an, ist aber keiner.

Denn nur wer sein Land liebt, der will auch das Beste draus machen.

Und das Beste – das ist wie im „richtigen Leben“, wie in einer guten Beziehung, ist, wenn beide was davon haben.

Mecklenburg-Vorpommern kann mehr,

Mecklenburg - Vorpommern kann viel mehr.

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit unserem letzten Parteitag ist um uns herum vieles geschehen, was auch auf die Wahlen in unserem Bundesland Einfluss haben wird.

2:

Es gab zum einen drei Landtagswahlen im März, bei denen DIE LINKE nicht die Wahlergebnisse erreichen konnte, die sie sich vorgenommen hat. Im Gegenteil.

Baden- Württemberg und Rheinland-Pfalz sind in den Parlamenten leider auch heute noch ohne linke gestaltende Kraft.

Und was uns natürlich am meisten schmerzt, sind die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt. Denn hier haben wir nicht nur klar unser eigenes Wahlziel verfehlt, sondern sind auch sehr weit hinter die AfD gefallen.

Hier wurde die linke Kraft im Parlament also auch noch wesentlich verringert.

Aber wie konnte es dazu kommen?

Ja, die vorangegangenen Landtagswahlen waren sehr stark gekennzeichnet vor allem vom Totalversagen insbesondere der Bundespolitik in allen für die Menschen wichtigen Fragen.

Und dazu kam die völlig konfuse, kopf- und zum Teil herzlose Haltung in der Flüchtlingsfrage.

Das hat für viele Menschen das Fass zum Überlaufen gebracht. Aus unserer Sicht leider oft in die falsche Richtung.

Die landespolitischen Themen sind immer mehr in den Hintergrund der Wahlentscheidungen der Bürgerinnen und Bürger getreten.

Eben weil man den etablierten Parteien die Lösung der alltäglichen Probleme nicht mehr zutraut, haben Viele ihr Kreuz bei der so genannten neuen Protestpartei gemacht, die wir für sie offensichtlich nicht mehr sind.

Aber wir gehören nicht in den Topf der anderen Parteien, die die neoliberale Politik bedienen.

Wir dürfen uns dort auch nicht hineinstecken lassen.

Wir haben ein anderes Problem.

Bei uns hat in den letzten Jahren die Mobilisierungsfähigkeit weiter abgenommen.

Das müssen wir selbstkritisch feststellen.

Aber auch diese Feststellung reicht nicht.

Denn daran müssen wir ganz stark arbeiten.

Von unserer Mobilisierungsfähigkeit werden unsere Wahlergebnisse wesentlich abhängen.

Und auch ein Wahlprogramm kann für die Mobilisierung zu mehr sozialer, solidarischer, und demokratischer Politik nur die Grundlage sein.

Es kommt darauf an, die Menschen mit unseren Inhalten anzusprechen, sie zu überzeugen, damit sie ihre Wahlentscheidung entsprechend treffen.

Auf der Straße, in Vereinen, in den Familien und bei Freunden.

Dazu müssen wir auch in neue Kreise und andere Lager durchdringen. Zum Beispiel bei denen, die sich Land auf, Land ab um Geflüchtete kümmern und gegen Neonazis und AfD auf die Straße gehen und bisher bei uns nicht politisch verortet sind.

3:

Zum anderen kann uns die letzte Wahlumfrage von Ende April für MV auch keineswegs zufrieden stellen.

Wir alle wissen, Wahlen sind nicht durch Umfragen gewonnen, egal ob sie für uns zunächst gut oder wie hier nicht so gut ausfallen.

Wahlen sind erst nach der Stimmauszählung gewonnen.

Und unser Ziel ist es, bei der nächsten Wahl stärker zu sein als 2011.

Aber Wahlumfragen sind ein Stimmungsbild für alle politischen Konkurrenten und für uns eine klare Kampfansage an die beiden gegenwärtigen Regierungsparteien SPD und CDU, aber vor allem an die AfD.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wollen wir wirklich zulassen, dass diese populistische, frauen- und ausländerfeindliche Partei stärker als wir im zukünftigen Landtag vertreten sein soll?

Nein, das wollen wir nicht!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wollen wir wirklich zulassen, dass es zahlenmäßig am Ende wieder nur für eine GROKO in unserem Lande reicht und damit ein weiter so programmiert ist?

Nein, auch das wollen wir nicht!

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist davon auszugehen, dass auch die Landtagswahlen am 4. September von bundespolitischen Themen überschattet werden, die aber immer auch konkrete Auswirkungen auf unser Land haben.

Die Bevölkerung fühlt sich durch die GROKO in Berlin im Stich und mit ihren Problemen allein gelassen.

Die Regierungsparteien geben das Bild einer zerstrittenen Ehe ab, in der über kaum eine Frage mehr miteinander geredet wird.

Nicht die Menschen im Land stehen im Mittelpunkt des politischen Handelns, sondern oft das eigene Parteiinteresse. Es geht nicht darum, für die Menschen etwas zu erreichen, sondern darum, wer von sich sagen kann:

ich habe mich durchgesetzt.

Und immer haben die Interessen der Großbanken und Großkonzerne Vorrang vor den Alltagsorgen der Bürgerinnen und Bürger.

Das macht auch die aktuelle Debatte um TTIP und CETA sehr deutlich.

4:

Die Bundesregierung will diese Abkommen schnellstmöglich durchdrücken, am Parlament vorbei und natürlich ohne das Volk zu befragen.

Diese internationalen Handelsabkommen werden dazu führen, dass auch die Wirtschaft in unserem Land, mit den vielen klein- und mittelständigen Unternehmen gegen das internationale Großkapital weltweit konkurrieren muss.

Was wird dann aus den vielen Arbeitsplätzen in den Branchen, wenn unsere Produkte dem internationalen Preiskampf nicht standhalten?

Und wenn sie standhalten wollen, was wird dann aus den Löhnen und Gehältern der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unternehmen?

Wie entscheiden die Unternehmerinnen und Unternehmer, wenn sie nur überleben können durch Preisdumping und damit verbundenen Lohnkürzungen?

Oder müssen sie ganz aufgeben und schicken dann ihre Angestellten in die Arbeitslosigkeit?

Lohnkürzung oder Arbeitslosigkeit, das wären die Alternativen.

TTIP und CETA ist Teufelszeug, für die klein- und mittelständige Wirtschaft,

für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

für die Arbeitslosenstatistik und auch für

unsere Steuereinnahmen und damit für den

gesamten gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit von Mecklenburg - Vorpommern.

Wo sind da die mahnenden Stimmen aus dem Land von Herrn Sellering und Herrn Caffier nach Berlin an ihre Parteispitzen?

Wirklich gute Wirtschaftspolitik sieht anders aus.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der Zwangsehe Bundesregierung kündigt die CSU schon mal an, dass sie zu den nächsten Bundestagswahlen deutschlandweit allein antreten will, weil sie mit dieser CDU in fast keiner Frage mehr übereinstimmt und zukünftig keine Regierungszusammenarbeit mehr sieht.

Die SPD hat sich schon so an das Machthaben gewöhnt, dass sie gar nicht mehr merkt, dass die Förderung von Elektroautos ohne Befassung des Parlaments und die Ministerentscheidung von Herrn Gabriel zur Fusion von Kaiser/Tengelmann mit EDEKA zum größten Einzelhandelsdiscounter in Deutschland die eigene Wählerklientel täglich mit Füßen tritt.

Und CDU- Mitglieder kritisieren ganz öffentlich immer mehr ihre eigene Kanzlerin, die ihnen die eigene Partei zu sehr in die soziale Mitte getrieben haben soll und damit den rechten Rand der AfD überlassen hätte.

Merkels Kurs haben wir immer scharf kritisiert und schon gar nicht haben wir bei diesem Kurs mitgemacht.

5:

Daneben bleiben die Fragen der Flüchtlingszuwanderung,
der Verarmungsgefahr im Alter,
die Lösung der sozialen Wohnungsfrage,
der politischen und vor allem sozialen Ausgestaltung Europas und die gerechte Verteilung
des gesellschaftlichen Reichtums komplett auf der Strecke.

Die Flüchtlinge und Asylsuchenden sind ein Symptom für ganz tief liegende gesellschaftliche
Probleme und Konflikte in Deutschland und weltweit.

Diese gesellschaftlichen Zusammenhänge müssen wir erkennen und erklären.

Trotz Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung schwindet der soziale Zusammenhalt
immer mehr.

Die sozialen Sicherungssysteme sind schon lange keine mehr.

Die Armen werden immer ärmer und die Reichen immer reicher.

Sozialer Abstieg und Armut im Alter schüren Ängste vor der Zukunft bei immer mehr
Menschen in unserem Land.

Die Politik der „schwarzen Null“ vernichtet öffentliche Infrastruktur, wie Bus und Bahn, wie
Krankenhäuser, erreichbare Schulen oder Jugendeinrichtungen, auch in Mecklenburg-
Vorpommern.

Es fehlt die Sicherheit und Zukunftsperspektive, vor allem für die jüngere Generation, um das
eigene Leben selbstbestimmt planen zu können, um Familien zu gründen und Kinder zu
bekommen.

Und es geht die fehlende Sicherheit für die eigene Zukunft einher mit einer Ent-
demokratisierung der Politik.

Das führt weiter zu Enttäuschung und Frust auf die etablierte Politik und die etablierten
Parteien.

Von ihr wenden sich immer mehr Menschen ab.

Die Bankenkrise hat die Politik mit vielen Milliarden gelöst.

Aber das allein auf Kosten der vielen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Dabei wurden die unterschiedlichen sozialen Schichten gegeneinander in Stellung gebracht.

Ein Großteil der Menschen hat das Gefühl, dass etablierte Politik mit ihnen nichts mehr zu
tun hat, sie nichts mehr von der Politik zu erwarten haben.

Das ärgert die Bürgerinnen und Bürger nicht nur, nein, das macht sie wütend auf Politik.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen,

in dieser Akzeptanzkrise befinden wir uns auch, denn im Empfinden der Menschen zählt
man uns dazu, dazu zu den Etablierten.

6:

Es ist eine Mischung aus Enttäuschung, Hoffnungslosigkeit bis hin zur Verachtung des gesamten politischen Systems und der Demokratie schlechthin.

Das heißt, wir müssen überall dort aufbegehren, wo es notwendig ist: Mutig und entschlossen.

Wir müssen die Demokratie von links begleiten, weil wir sie bewahren und ausbauen wollen, wenn wir in Deutschland und Europa nicht alles verlieren wollen.

Und wie sieht es in Mecklenburg – Vorpommern aus?

Die SPD mit ihrem Landevater und Vorsitzenden der Partei Erwin Sellering beschließt kürzlich ein Wahlprogramm, das die Überschrift „Gemeinsam auf Kurs“ trägt.

Das heißt nichts anderes, liebe Genossinnen und Genossen: Die SPD hat bisher alles gut und richtig gemacht und will alles genau so weiter machen.

Man könnte auch sagen:

Die Partei hat immer recht.

Aber was ist unter der Führung der SPD im Land in den letzten fünf Jahren wirklich geschehen?

- + Die Eltern beklagen die Betreuungsschlüssel und die teure Vollverpflegung in den KITA's,
- + den Unternehmen und Dienstleistern fehlen Fachkräfte überall,
- + in den Schulen kann Vertretungsunterricht personell schon lange nicht mehr abgedeckt werden,
- + Volksinitiativen werden einfach vom Tisch gewischt,
- + die soziale Infrastruktur wird totgespart, Gerichte zusammengestrichen und
- + Kommunen sind landesweit hoch verschuldet.

Diesen Kurs will die SPD halten und alle sollen dabei mitmachen: Streichen und schleifen.

Das heißt „Gemeinsam auf Kurs“ wirklich.

Die CDU als Juniorpartner in der großen Koalition hat in den vergangenen fünf Jahren alles brav mitgetragen.

Nun, das durfte man auch von der CDU erwarten.

Auch die Steuergeschenke, die die Direktkandidaten mit dem letzten Doppelhaushalt für sich beschlossen haben, um sich bei der kommenden Landtagswahlen in ihren Wahlkreisen vermeintlich unentbehrlich zu machen.

Jetzt will ihr Ministerpräsidentenkandidat Caffier mit Heimattümelei die Wählerinnen und Wähler offensichtlich von sich und seiner Partei überzeugen und dabei den rechten Rand selbst besetzen.

7:

Auch der Wahlprogrammmentwurf der CDU lässt keinen Zweifel daran, dass es ein weiter so in Mecklenburg – Vorpommern geben wird, wenn die CDU den Landesvater stellen sollte.

Wer auch immer bewahre uns davor.

Nur das Thema innere Sicherheit, mehr Polizistinnen und Polizisten und mehr Stellen für Verfassungsschutz und Justiz sind vorgesehen.

„Null Toleranz für Rechtsextremisten, Linksextremisten und Islamisten“ sind die Schlagworte der CDU.

Von den Flüchtlingen fordert die CDU „ein klares Bekenntnis zur deutschen Leitkultur“.

Von Sicherheit in der Sozialpolitik steht da natürlich nichts.

Ob die CDU vergessen machen kann, dass ihre eigenen Ministerien und Herr Caffier selbst erst die Personalmisere in seinen Behörden und in den Städten und Gemeinden durch den harten Sparkurs der Regierung verursacht haben?

Bündnis 90/Die Grünen haben den Schwerpunkt „Gesundes Essen“ für sich als große Überschrift des Wahlkampfes gewählt.

Aber nicht nur ich frage, wie sollen diejenigen von uns, die in prekären sozialen Verhältnissen leben, diese Maxime für sich umsetzen?

Klar, gesundes Essen ist eine Grundvoraussetzung für gesundes Leben und für eine gesunde Umwelt.

Das unterstützen wir auch.

Vorher brauchen wir dafür aber mindestens armutsfeste Einkommen für alle.

Die AfD hat ein Programm, das sich wie eine Beschreibung des 19. Jahrhunderts liest.

Hier wird eine Vergangenheit für die Zukunft beschrieben, die es selbst in Mecklenburg-Vorpommern so nie gegeben hat.

Frauen zurück an den Herd,

nationale Grenzen dicht machen,

Strafmündigkeit der Kinder ab 12 Jahre,

Kinder kriegen als nationale Pflicht,

Alleinerziehende sind wirtschaftlich und moralisch Menschen dritter Klasse,

Religionsfreiheit wird abgeschafft und Minarette werden verboten.

Früher waren es die Synagogen.

Frau von Storch - geborene Herzogin von Oldenburg - will den alten Junkern, die zwischen 1945 und 1949 enteigneten Güter zurückholen.

Frau von Storch hatte selbst Güter in Mecklenburg.

Diese und viele andere Zumutungen wollen in den Landtag unseres Landes einziehen.

8:

All das können wir nicht zulassen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit über einem Jahr haben wir gefragt, was die Wählerinnen und Wähler in Mecklenburg – Vorpommern wirklich bewegt?

Wir wollten wissen, was sich die Bürgerinnen und Bürger unter einem modernen und zukunftsgerichteten Mecklenburg-Vorpommern vorstellen, was sie von einer neuen Regierung in unserem Bundesland in den kommenden fünf Jahren erwarten.

Dabei haben wir erfahren, dass eines der grundlegenden Probleme der Politik in der jüngsten Zeit darin besteht, dass die Politik zu wenig Orientierung gibt, zu wenig Linien vorzeichnet, an denen sich Vorstellungen und Meinungen reiben, Bindungen aufbauen und Interessen geweckt werden können.

Wir haben in vielen Gesprächen und Veranstaltungen gemeinsam mit den Menschen darüber diskutiert, was ihnen wichtig ist, wie wir miteinander leben wollen.

Das wichtigste Ergebnis war die Forderung nach Gerechtigkeit für alle.

Ja, das Thema soziale Gerechtigkeit stand bei diesen Gesprächen immer ganz oben auf der Forderungsagenda.

Und das ist unsere Kernkompetenz.

Wir werden mit unseren 15 Zukunftsprojekten, die das Ergebnis all dieser Gespräche waren, mit klaren Botschaften für genau diese soziale Gerechtigkeit antreten, abrechenbar und konkret.

Diese Zukunftsprojekte sind der Extrakt aus den vielen Seiten Wahlprogramm, das wir heute hier auf unserem Parteitag verabschieden werden.

In diesen Projekten wird genau beschrieben, was die Bürgerinnen und Bürger in den nächsten 5 Jahren von der LINKEN in M-V erwarten können.

Wir wollen Klarheit und Nachvollziehbarkeit in unserem politischen Angebot.

Diese 15 Zukunftsprojekte spitzen zu, verkürzen und vereinfachen, um allen eine schnelle Übersicht über unser Programm zu geben.

Ganz oben auf unserer Agenda steht dabei das Thema Kinder. Kinder sind unsere Zukunft.

Für sie wollen wir das Heute und das Morgen gestalten. Gerechtigkeit setzt für uns bei der Chancengleichheit aller Kinder an.

Wir wollen, dass Eltern ihre Kinder gut versorgt wissen können.

Wir wollen in KITA und Schule, in Ausbildung und beim Start ins Berufsleben die besten Bedingungen schaffen und wir wollen, dass

die Eltern dafür nicht mehr zur Kasse gebeten werden.

9:

Nach vielen Jahren der Ankündigungen vor allem von der SPD, müssen wir die finanziellen Ressourcen des Landes in der kommenden Legislatur dafür verwenden,

die Qualität der KITA-Betreuung durch mehr Personal weiter zu verbessern,

das Ganztagsangebot den Erfordernissen der Eltern anpassen und vor allem allen Kindern den

Zugang zu Gemeinschaft und Bildung ermöglichen.

Das kann und muss sich unser Land nun endlich leisten.

Dann können sich auch Eltern wieder Vieles leisten.

Alle reden vom Kinderland – machen wir es doch endlich!

Jetzt!

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein weiterer Schwerpunkt liegt für uns bei der Überwindung der regionalen Unterschiede zwischen Mecklenburg und Vorpommern und bei der Überwindung der Unterschiede zwischen Städten und Gemeinden.

Die Finanzausstattung der Städte, Kreise und Gemeinden ist auch nach 10 Jahren SPD und CDU- Koalition keinen Millimeter gewachsen.

Viele Städte und Gemeinden sind nach wie vor chronisch unterfinanziert, vor allem im Osten des Landes und im mittleren Mecklenburg.

Das hat sogar schon der Kommunalminister Caffier gemerkt und will vielleicht deshalb einen „Staatssekretär für Vorpommern“ in der Staatskanzlei mit Sitz in Demmin ansiedeln.

Dieser Ostbeauftragte hätte sehr viel zu tun.

Wir wollen, dass endlich Schluss ist mit dem Kaputtsparen der öffentlichen Haushalte.

Eine aufgabenbezogene Finanzausstattung ist die Grundvoraussetzung für die gleichwertigen Lebensverhältnisse in den Städten und im ländlichen Raum.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir wollen 50 Millionen extra aus dem Landeshaushalt für die Erhaltung und Schaffung öffentlicher Infrastruktur als Regionalbudgets in kommunalpolitischer Selbstverwaltung zur Verfügung stellen, um zu verhindern, dass künftige Generationen von uns eine marode Infrastruktur erben.

Die Kommunen sollen selbst darüber entscheiden, was sie in der Fläche für ihre Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft vorhalten wollen.

10:

Ob es der Erhalt eines Krankenhauses, die Schaffung neuer Busverbindungen, der soziale oder altengerechte Wohnungsbau oder mehr Personal in der Verwaltung, im Kulturzentrum, in Bibliothek, im Jugend- oder Seniorenclub ist.

All diese Probleme gab es lange, bevor Geflüchtete in großer Zahl in unser Land kamen.

Auch deshalb ist all das Gerede von der Flüchtlingskrise falsch, denn in Wirklichkeit haben wir eine Krise der öffentlichen Infrastruktur.

Und hier erlaubt mir, allen unseren Genossinnen und Genossen, die in kommunaler Verantwortung stehen, einmal ein ganz großes Dankeschön zu sagen, dafür, dass sie trotz der klammen Kassen nach wie vor an der Seite der „kleinen Leute“ stehen, retten, was zu retten geht und soziale und freiwillige Leistungen in der Fläche aufrecht erhalten.

Vor allem unsere Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow hier in Schwerin kann davon ein Lied singen.

Liebe Angelika,

wir sind sicher, die Bürgerinnen und Bürger in der Landeshauptstadt werden deine Bemühungen am 4. September bei der bevorstehenden Oberbürgermeisterwahl mit einem klaren Wahlsieg würdigen.

Deine Partei wird dich im Wahlkampf maximal unterstützen.

Mecklenburg-Vorpommern braucht gesunde und zukunftsfähige Städte und Gemeinden überall im Land.

Gleiche Chancen für alle.

Jetzt!

Liebe Genossinnen und Genossen,

der gesellschaftliche Zusammenhalt bröckelt überall, in Mecklenburg – Vorpommern, in Deutschland und in Europa. Das lange gelebte demokratische Miteinander ist ins Wanken geraten, es driftet politisch erkennbar nach rechts.

Viele Parteien diskutieren darüber, ob und wie man ehemalige Wählerinnen und Wähler wieder von der AfD zurückholen oder auch die fast 40 Prozent Nichtwählerinnen und Nichtwähler erreichen und ansprechen kann.

Demokratie lebt vom Mitreden, vom Mitmachen, von der Lust auf Veränderung durch Verbesserung der Verhältnisse.

In Mecklenburg – Vorpommern haben es die Bürgerinnen und Bürger im letzten Jahr ganz konkret erlebt, als sie sich gegen die Schließung der Amtsgerichte in der Fläche zu Wort gemeldet haben.

Und was haben sie erlebt?

Ein Quorum für den Volksentscheid, das zwar eine Mehrheit in der Abstimmung ergab, aber leider die Zahl der notwendigen absoluten Stimmen nicht erreichte.

In unserem Land kann sich jede Regierung auch heute noch bequem im Sessel zurücklehnen, weil, egal, worüber wir abstimmen ließen, dieses hohe Quorum wird nur schwerlich zu erreichen sein.

11:

Überhaupt finden Einwände von Bürgerinitiativen, engagierten Verbänden oder Petenten nur selten Einlass in aktuelle politische Entscheidungen.

Wir wollen die Demokratie in allen Lebensbereichen stärken.

Dazu müssen wir die Menschen anhören, mit ihnen Alternativen diskutieren und sie viel stärker als bisher in gesellschaftliche Prozesse einbeziehen.

Direkte und parlamentarische Demokratie sollen gleichberechtigt sein.

Wir wollen die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide deutlich verringern, das Wahlalter auf 16 Jahre auch für Landtagswahlen absenken.

Wir wollen eine andere Planungskultur, sowohl bei Großprojekten, aber auch zum Beispiel bei der Energiewende.

Diejenigen, die die Auswirkungen solcher Entwicklungsvorhaben tragen müssen, sollen direkt einbezogen werden und vor allem auch direkt davon profitieren.

Wir wollen das Ehrenamt entbürokratisieren und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer auf allen Ebenen stärker unterstützen, egal ob im Sport, bei der Seniorenbetreuung oder bei der Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden in unserem Land.

Mecklenburg – Vorpommern braucht mehr direkte Demokratie, mehr Mitbestimmung, braucht alle.

– Jetzt -

Liebe Genossinnen und Genossen,

unser Wahlprogramm hat im Entwurf fast 46 Seiten und ich bin sicher, dass nach der Generaldebatte und der Abstimmung der Anträge daraus noch mehr wird.

Noch Vieles wäre hier von mir in der Einbringung zu behandeln, z.B. zu Lohn und Rente, zu Hochschule und Theater, zu Integration und Inklusion, zu Wirtschaft und Breitband zum Umwelt- und Tierschutz, zu Landwirtschaft und Gesundheit.

Ein vielseitiges Papier steht hier zur Abstimmung und ich bin mir sicher, dass noch nicht alle von euch wirklich zufrieden damit sind.

Unser Problem war noch nie, dass wir gravierende programmatische Lücken hatten, die wir unbedingt schließen müssten.

Denn die Gesellschaft ist im stetigen Wandel begriffen und unser Programm muss Schritt halten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es gab auch Zuarbeiten zum Programm, die hier heute bisher keine Aufnahme gefunden haben oder eben auch noch strittig sind.

Dazu werden wir sicher in der Generaldebatte noch diskutieren und am Ende des Tages abstimmen.

12:

Z.B. gab es einen Vorschlag, in die Präambel eine Replik auf die DDR aufzunehmen.

Warum haben wir das nicht getan?

Weil wir ein Wahlprogramm verabschieden wollen, das ein Zukunftsprogramm sein muss.

Nach mehr als 25 Jahren vergangener DDR-Geschichte werden uns vor allem junge Menschen, die vielleicht noch in der DDR geboren, aber in Mecklenburg – Vorpommern aufgewachsen sind, daran messen, was wir ihnen für ihre Zukunft mit auf den Weg geben wollen.

Andere Wählerinnen und Wähler, die uns heute noch von früher kennen und unseren demokratischen Erneuerungsprozess begleitet haben und befürworten, gehören heute zu unserem Stammwählerklientel, die müssen wir nicht erinnern.

Für diejenigen steht in Zeile 33 dieses Wahlprogramms in der Präambel:

Der demokratische Sozialismus, die sozial gerechte Gesellschaftsordnung bleibt deshalb unser Ziel.

Wir wollen alltagsbezogen kommunizieren, im Heute und Jetzt.

Wir wollen unsere heutige Politik nachvollziehbar machen.

Wir wollen Werte voranstellen und Inhalte verständlich kommunizieren.

Und wir wollen Machbarkeit nachweisen.

Vor uns liegt ein Parteitag, auf dem die Diskussionen der vergangenen Wochen und Monate ihre Widerspiegelung finden, bei dem viele Genossinnen und Genossen

sich mit ihren Stimmen eingebracht,

Freunde und politische Organisationen mit uns gestritten und

uns viele begleitet haben.

Wir wissen, dass wir kämpfen müssen,

aber wir wissen auch, dass es sich zu kämpfen lohnt.

Und den Mecklenburgerinnen und Mecklenburgern, den Vorpommerinnen und Vorpommern, den Wählerinnen und Wählern wollen wir sagen:

Es ist dein Leben.

Es ist dein Land.

Es ist deine Entscheidung, wer für dich nach dem 4. September regiert.

Unser Land kann mehr!

Unser Land kann es besser!

Aus Liebe zu M-V